

Die Linke Sachsen
2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

**A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur
Landtagswahl 2024**

ÄA.1.54. Änderungsantrag: Inklusive Arbeitsplätze fördern

Einreicher*innen: Jörg Fritzsche

Unterstützer*innen: Vorstand des OV Heidenau/Dohna/Müglitztal

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Änderungen in Z. 376-381:

ersetze:

Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in Inklusionsfirmen durch eine nachhaltige Förderung absichern. Wir wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen reformieren: Sie sollen sich zum allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen und stärker als bisher die Aufgabe der Ausbildung als Orte der beruflichen Bildung gestaltet werden. Um die erforderlichen Brücken in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu bauen, sollen verstärkt Außenarbeitsplätze gefördert werden, mit dem Ziel, sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

durch:

Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in Einrichtungen fördern, die keine Gewinnabsichten haben.

Begründung:

Schon allein der Begriff „Inklusionsfirmen“ lässt mich schaudern und impliziert, dass auf dem Rücken von Menschen mit Defiziten Gewinne gemacht werden sollen. Menschen mit Defiziten (nicht nur Behinderungen im engeren Sinn) sind nach unserer eigenen Auffassung genauso lebenswert und haben Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sie in die Gesellschaft einbringen können. Dabei sollen sie aber nicht Zwängen ausgesetzt werden, die sie nicht bewältigen können, an denen sie gegebenenfalls scheitern. Hier ist individuelles Fingerspitzengefühl für diese Menschen gefragt und nicht die Brechstange wirtschaftlicher Zwänge einer Firma. Es geht darum, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie nützliche Arbeit verrichten und auch mal an ihre Grenzen gebracht werden. Das ist für mich der klassische Anwendungsfall von Einrichtungen ohne Gewinnabsichten, nichts anderes kann für diese Menschen in Frage kommen. Eine Öffnung zum allgemeinen Arbeitsmarkt mag in bestimmten Fällen möglich sein, aber nicht pauschal.

Entscheidung des Landesparteitages: